

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat Walter Zöller
Stadträtin Kristina Frank
Stadtrat Marian Offman
Stadträtin Alexandra Gaßmann

ANTRAG

19.06.2018

Vernichtung von günstigem Wohnraum nicht tatenlos zusehen! Eisenbahner-Genossenschaften retten.

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Bundesfinanzminister Gespräche über eine „Rettung“ des bisher günstig vermieteten Wohnungsbestandes der Eisenbahner-Genossenschaften zu führen, mit dem Ziel, dass entweder die Erbpacht zu den bisherigen Konditionen verlängert wird oder gemeinsam mit den Genossenschaften ein Plan entwickelt wird, wie ein Kaufpreis für Grund und Boden, von den Genossenschaften selbst finanziert werden kann, ohne die bisherigen sozialen Mieten wesentlich erhöhen zu müssen.
2. Der Oberbürgermeister ergreift auch im Deutschen Städtetag die Initiative für einen Erhalt der vergleichsweise günstig vermieteten Eisenbahner-Genossenschaftswohnungen, auch über das Auslaufen der bisherigen Erbpachtverträge hinaus und stellt ein Bündnis der davon auch betroffenen anderen Städte und Gemeinden in Deutschland her, damit mit mehr Nachdruck in Berlin verhandelt werden kann.

Begründung:

Nach dem bevorstehenden Ablauf der Erbpachtverträge vieler Eisenbahner-Wohnungs-genossenschaften aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts, droht bei einer marktorientierten Verwertung der im Bundeseisenbahnvermögen befindlichen Grundstücke, in München ein dramatischer Abbau günstigen Wohnraums, der Angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt nicht hinnehmbar ist. Hier steht der Bund als Eigentümer der bebauten Grundstücke, mit dem Bundesfinanzminister an der Spitze, in einer besonderen Verantwortung, nicht nur in München, sondern im gesamten Bundesgebiet. Vernichtung günstigen Wohnraums durch eine Gesellschaft des Bundes kann und darf im Ernst nicht mehr vorkommen! Angestrebt werden muss, entweder eine Erneuerung der Erbpachtverträge um eine weitere Höchstlaufzeit zu den bisherigen Konditionen oder eine Vereinbarung, wie die Genos-

senschaften, den Grund, auf dem deren Häuser stehen, zu Preisen erwerben können, der den Erhalt der günstigen Mieten für den berechtigten Personenkreis sicherstellt. Der OB sollte den Bund an seine Verpflichtungen im Wohnungsbau nachdrücklich erinnern.

Initiative:

Richard Quaas
Stadtrat

Walter Zöllner
Stadtrat

Kristina Frank
Stadträtin

Marian Offman
Stadtrat

Alexandra Gaßmann
Stadträtin